

Die "Berliner" erscheint morgens um nachmittags, Sonntags und Montags um 11 Uhr. Der Tagespreis beträgt bei freier Nachzahlung im Hause für Groß-Berlin 10 Pf., im voraus zahlbar. Für Postbezugsnehmer in anderen Städten Deutschlands, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland sowie die übrigen deutschen Gebiete Ostpreußen, Ostgalizien, Ostpolen, Ostböhmen 20 Pf., für das übrige Ausland 25 Pf. per Vierteljahr, für Deutschland u. Österreich-Ungarn 60 Pf. pro halbes Jahr, 120 Pf. pro Jahr. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die schlagendsten Korrespondenzen oder deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Telegrammgebühren. Nichterhalten: Das jetzige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Telegrammgebühren. Entsende Anzeigen (aus Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 2,25 M., netto pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen: das jetzige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.)
Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Frieden mit Amerika

Vor der Unterzeichnung des Vertrages

CC. Paris, 25. August.

Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington telegraphiert: Die republikanischen Mitglieder der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten billigten gestern den Text des Friedensvertrages nach einer Konferenz, die Präsident Harding und Staatssekretär Hughes in das Weiße Haus berufen hatten. Staatssekretär Hughes ermächtigte sodann den Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin, Ellis Dreifel, den Friedensvertrag mit Deutschland im Namen der Vereinigten Staaten zu unterzeichnen.

Im Laufe des Tages legte Staatssekretär Hughes der ganzen Senatskommission den endgültigen Text des Dokuments vor, wobei er einige Erklärungen über dessen Inhalt abgab. Selbst die Unversöhnlichen, die bisher stets den Verfall der Vertrag bekämpft haben, erklärten, daß dieser Vertrag vollkommen mit ihren Anschauungen übereinstimme, nachdem Senator Knox versichert hatte, daß alle Punkte seiner Originalentscheidung von Deutschland angenommen würden und in dem Text des zu unterzeichnenden Vertrages enthalten seien.

Der Vertrag, ein Dokument von 1200 Wörtern, wird veröffentlicht werden, sobald man die Nachricht empfangen hat, daß ihn der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dreifel, unterzeichnete. Da das Dokument dem Senat in seiner Originalform vorliegen muß, wird es erst im Laufe des nächsten Monats ratifiziert werden können. Nach dem Austausch der Ratifikationen wird sofort die Ernennung eines Botschafters und konsularer Vertreter erfolgen. Die erste Pflicht des neuen amerikanischen Botschafters in Berlin wird die Einleitung von Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland sein.

Washington, 24. August. (Reuters.)

Präsident Harding hofft, daß die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Vertrages baldigst erfolgen wird. Er hält es für wünschenswert, daß der Deutsche Reichstag und der amerikanische Senat den Vertrag gleichzeitig beraten. Deshalb wird der Senat nicht aufgefordert werden, auf seine Ferien zu verzichten; er wird am 20. September wieder zusammentreten.

In einer amtlichen Erklärung des Weißen Hauses wird betont, daß der Vertrag nur ein vorläufiger Friedensvertrag sei, auf dessen Ratifikation ein Freundschafts- und Handelsvertrag folgen werde. Ferner wird mitgeteilt, daß mit Deutschland verhandelt worden sei, den Text nicht zu veröffentlichen, bevor der amerikanische Geschäftsträger in Berlin und Minister des Reiches Dr. Rosen den Vertrag unterzeichnet haben. Der Text wird gleichzeitig in Berlin und Washington veröffentlicht werden.

Japan geht nach Washington

Paris, 25. August.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der japanische Botschafter dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß Japan die Einladung zur Entwaffnungskonferenz annimmt.

Nachspiel zu den Auffiger Krawallen

L. U. Prag, 25. August.

Der deutsche Legationsrat Zimmer, der am Grabe des reichsdeutschen Staatsangehörigen Heinrich Hoff, der bei den Unruhen in Auffig ums Leben gekommen war, eine Gedenkrede hielt, hat einen Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird.

Zimmer hatte, wie wir seinerzeit berichteten, seine Gedenkrede am Grabe zu einem Ausfall auf die Regierung der tschechoslowakischen Republik benützt und diese für den Tod des Reichsdeutschen Hoff verantwortlich gemacht. Diese grobe Taktlosigkeit, die Vorstellungen der tschechoslowakischen Regierung bei der Reichsregierung zur Folge hatten, ist jetzt durch den Weggang des Legationsrates Zimmer erledigt. Wie gleichzeitig die Nachrichtenabteilung des Ministeriums des Reiches in Prag mitteilt, richtete wegen der letzten Ereignisse in Auffig die deutsche Gesandtschaft an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Prag eine Verbalnote, worauf der Außenminister sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen und mitgeteilt hat, daß die Erledigung des Falles nach den Regeln des Völkerrrechts stattfinden werde.

Ein Gefängnisdrama in Rumänien

CC. Bukarest, 24. August.

Eine offizielle Mitteilung berichtet, daß im Kerker von Baresti zwischen Rechts- und Linkssozialisten, die dort gefangen gehalten werden, schwere Kämpfe ausgebrochen sind. Wie verlautet, handelt es sich jedoch um wilde Ausschreitungen der Wachmannschaften gegen die

internierten Sozialisten. Im Verlaufe dieser Ausschreitungen sollen viele Gefangene getötet worden sein.

Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß die offizielle Mitteilung über die Ursachen des Gefängnisdramas in Baresti eine plumpe Lüge ist, die den Zweck hat, die Niedermechelung der politischen Gefangenen durch die Wachmannschaften zu bemänteln. Schon seit vielen Monaten wird von der rumänischen Regierung ein anhaltender Terror gegen die Sozialisten und Kommunisten geübt, der nun in der Niedermechelung wehrloser Gefangener seine Krönung gefunden hat.

Das hungernde Russland

Auf Grund genauester Berechnungen des Chefs des Zentralen statistischen Amtes, V. J. Popow, ergibt sich, daß die diesjährige Ernte pro Dekhatine zweimal größer ist, als die Ernte des Jahres 1920; die diesjährige Saatfläche jedoch hat sich im Verhältnis zu derjenigen von 1920 verringert, so daß die Lage in diesem Jahre nicht besser ist, als zur Zeit der furchtbaren Hungernot zu Beginn der 90er Jahre.

Von der Misernie ist folgendes Territorium betroffen: Vollständig: — 8 Gouvernements, und zwar Astrachan, Samara, Saratow, die Deutsche Kommune, Simbirsk, die Tatarenrepublik, Jarlgn und Ural;

Teilweise: — Die Gouvernements Wjatka (6 Kreise), Wensa (4 Kreise), die Tschuwaschenrepublik, das Marjor Gebiet und das Wolotok Gebiet.

Die betroffenen Gebiete haben eine Bevölkerung von sechs Millionen, die Saatfläche beträgt 8811 Tausend Dekhatinen. Die vermittelte Nettoernte von 142 Millionen Pud (nach Abzug der zur Aussaat notwendigen 68 Millionen Pud) weist bei einem Durchschnittsverbrauch von 10-11 Pud pro Person ein Defizit von ungefähr 30-36 Millionen Pud auf. Hierbei wird angenommen, daß das notleidende Element aus Wirtschaften ohne Saatflächen (740 Tausend Einwohner) und aus solchen mit einer Saatfläche von 1-4 Dekhatinen (7 510 000 Einwohner) zusammengesetzt wird. Wirtschaften mit einer Saatfläche von über 4 Dekhatinen, d. i. 7 600 000 Einwohner, werden, bei einem Durchschnittsverbrauch von 10-11 Pud pro Mann, keiner Unterstützung bedürfen.

Das Hungergebiet bedingt, außer den Getreidearten, in erster Linie 5-8 Millionen Pud Brotgetreide. Lediglich die Ukraine und Sibirien sind imstande, das Getreide für das von der Misernie betroffene Gebiet zu liefern.

Ein spontaner Protest

Zeitz, 25. August.

General v. Lettow-Vorbeck, der zu einem Vortrag über die Kämpfe in Afrika hierher gekommen war, wurde beim Erscheinen in der Stadt von einer mehrere hundert Personen zählenden Volksmenge unter den Rufen: Hinaus aus Zeitz, Massenorden! und Ähnlichen Rufen gezwungen, die Stadt mit dem Abendzuge wieder zu verlassen.

Der Vorgang in Zeitz, dessen Einzelheiten allerdings aus der obenstehenden Meldung nicht hervorgehen, ist ein neues beachtenswertes Anzeichen dafür, daß sich in breiten Kreisen der Bevölkerung ein spontaner Protest gegen die fortgesetzten militaristisch-monarchistischen Hezereien der alldeutschen Revanchepolitiker zu regen beginnt. Die abgetakelten Exzellenzen und Generale, die im Lande herumreisen, um unter den verschiedenartigsten Vorwänden Propaganda gegen die Republik und die Arbeiterschaft zu treiben und den Gedanken an einen neuen Rachekrieg in die Massen zu werfen, sind eine enorme Gefahr nicht nur für die innere, sondern auch für die äußere Politik. Sie und ihre Hintermänner dürfen sich deshalb auch nicht wundern, daß die arbeitende Bevölkerung, der ewigen Hezereien und Provokationen der Militaristen müde, zur Selbsthilfe greift und den Geschäftreisenden Wilhelms II. und Ludendorffs zeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien bevorstehend

Die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz meldet mit Genehmigung der Zensur, daß ihr von einer der Interalliierten Kommission nachstehenden Seite mitgeteilt worden ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Oberschlesien in den nächsten Tagen bevorsteht. Die letzten Wochen hatten die Interalliierte Kommission Opatow davon überzeugt, daß die Bevölkerung Oberschlesiens so weit wieder eingetreten ist, daß die Aufrechterhaltung der Maßnahme des Ausnahmezustandes zwecklos erscheint.

Nach einer Mitteilung der Interalliierten Kommission betragen die Kosten für die Befehlsgewalt in Oberschlesien bis zum 1. August 2,5 Milliarden Mark.

Der Sturm gegen die Agrarier

Die Agrarier ernten jetzt die Früchte ihres knurrenden Kampfes für die Steigerung der Getreidepreise. Sie kämpfen für freie Wirtschaft und Weltmarktpreise, lehnten jede Bindung der Preise nach oben ab. Da das Umlageverfahren die Weltmarktpreise nur für einen Teil der Erzeugung gestattete, bekämpften sie es und erreichten, daß sie anstatt 4 1/2 nur 2 1/2 Millionen Tonnen abzuliefern brauchen. Die Folge ist, daß das Reich, das die Bevölkerung mit etwa 4 Pfund Brot die Woche versorgen will, einen großen Teil des Getreides auf dem freien Markt bzw. im Auslande zu hohen Preisen kaufen muß. Diese Tatsache, sowie die Festsetzung hoher Umlagepreise und die Notwendigkeit der Verminderung der Reichssubsidien haben die gewaltige Steigerung des Brotpreises verursacht.

In allen Kreisen der Bevölkerung herrscht jetzt darüber große Erregung. War doch diese Steigerung der Brotpreise der Anlaß zu einer Steigerung aller übrigen Warenpreise, zwingt doch die Verteuerung der Lebenshaltung alle Lohn- und Gehaltsempfänger zum Kampf um die Erhöhung ihres Einkommens. Spürte man erst ein großer Teil der Bevölkerung zu der Einsicht, daß die Erfüllung der Forderungen der Agrarier eine schwere Schädigung ihrer Interessen bedeutet. Als das Umlageverfahren im Reichstage beraten wurde, als insbesondere die Unabhängige Partei einen scharfen und hartnäckigen Kampf gegen diese Bedrohung der Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung führte, da erleichterte das Ausbleiben des Widerstands ihres Widerstandes bei den Massen der Lohn-, Gehalts- und Renteneempfänger den bürgerlichen Parteien die Zustimmung zu diesen Forderungen der Agrarier.

Erst die verhängnisvollen Auswirkungen jener Beschlüsse, die nur voll bekämpften, was von uns seinerzeit vorausgesagt wurde, haben Millionen von Lohn- und Gehaltsempfängern die Erkenntnis beigebracht, daß die freie Getreidemirtschaft — wie wir sie verfeuert jetzt bereits haben — gleichbedeutend ist mit Vereinerlichung der Erzeuger unter gleichzeitiger Vereinerlichung der Verbraucher. Jetzt wehren sich die Stimmen, die ein Eingreifen gegen jene Wirkungen des freien Handels fordern, obwohl sie doch nur sein untrennbarer Schatten sind. Die Erregung hat sich ausgedehnt auf alle Lohn-, Gehalts- und Renteneempfänger. Sie hat im großen Umfange sogar die bisherigen Anhänger der bürgerlichen Parteien erfaßt, deren Haltung erst die erbitternden Zustände geschaffen hat.

Diese Tatsache ist es, die eine überaus demagogische Entstellung der Ursachen der Brotteuerung zur Folge gehabt hat. Das gilt sowohl für das Verhalten der bayerischen Regierung, die damit eine Hez gegen Norddeutschland und die Reichsregierung entfacht hat, wie auch für die der bürgerlichen Parteien. Um die Erregung ihrer Anhänger von ihren eigenen Handlungen abzulenken, suchen sie die Schuld auf andere Faktoren abzuwälzen. Am bezeichnendsten dafür ist die Haltung der „Deutschen Tageszeitung“. Dieses Blatt, das als Organ der agrarischen Brotwucherer stets die völlig freie Wirtschaft für Getreide verlangt hatte, ist jetzt am Werke, die Wirkungen der von ihm selbst herausbekamoren katastrophalen Zustände auf andere abzuwälzen. In der Abendausgabe vom Mittwoch wird z. B. in allem Ernst die Botschaft für die hohen Getreidepreise verantwortlich gemacht.

Nun ist natürlich durchaus richtig, daß auch der Handel am Getreideverkauf verdienen will, aber was das nicht gerade die Absicht und die Folge des von den Agrariern verlangten freien Handels? Trotzdem ist es aber nun keineswegs so, daß der Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen, der für den Zentner 115 Mark beträgt, und dem im freien Handel bezahlten Preis von gegenwärtig etwa 210 Mark, in die Taschen der Händler fließt. Es dürfte wohl kaum einen Landwirt geben, der das Getreide, über das er frei verfügen kann, zu den Umlagepreisen abgibt. Der Landwirt verlangt einen Preis, der dem auf dem Weltmarkt gezahlten Preis annähernd entspricht. Das war ja der Grund, weshalb der Reichslandbund, die Organisation der großen Getreideerzeuger, völlige Freiheit der Preise verlangten. Sie wollten keine Preisbindung nach unten, sondern drängten mit aller Macht danach, die Preise, die das Reich für Getreide im Auslande anlegen muß, auch für ihre Erzeugnisse zu erhalten. Deshalb kann vielleicht der freie Handel den Preis etwas in die Höhe gedrückt haben. Die Hauptursache für die hohen Preise sind aber die Forderungen der Landwirte.

Wenn es dafür noch eines anderen Beweises bedürfen würde, so wäre er durch die ablehnende Stellung des Reichslandbundes und der bürgerlichen Parteien zu dem Versuch der sozialistischen Parteien erbracht, die Preise für freies Getreide zu begrenzen. Sie verlangten seiner Zeit, daß das Getreide, das nicht durch die Umlage erfaßt wird, der Reichsgetreidestelle zu einem höheren aber gesetzlich festgelegten Preise abzuliefern sei. Weil dieser Antrag die Ausnutzung der Marktfrage und die Annäherung an die Weltmarktpreise verhindert hätte, brachten ihn die bürgerlichen Parteien zu Fall. Und jetzt nicht auch die Tatsache, daß in den ersten Wochen nach der Freigabe des Getreides die Preise für inländisches Getreide höher waren als für ausländisches Getreide, daß es die Sehnsucht der Agrarier nach Riesenprojekten

ist, die die ungeheure Notlage heraufbeschworen hat, unter der jetzt die Masse der Verbraucher leidet?

Unfreiwillig erbringt auch die „Deutsche Tageszeitung“ den Beweis, wie stark das Sehnen nach hemmungsloser Preisentwicklung die Landwirtschaft bewegt, wie gering bei ihnen Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit zu finden ist. Das Blatt schreibt:

„Wieviel Landwirte sind denn überhaupt in diesem Jahre in der Lage, freies Getreide und wieviel freies Getreide verkaufen zu können? Nur die Wintergetreideernte kann als eine Mittelernte bezeichnet werden, Sommergetreide ist unter mittel und auf leichten Böden schlecht. Die Aussichten für die Kartoffel- und Rübenenernte sind traurig trotz des leichten Regens, die Futterernte ist miserabel, teilweise ganz vernichtet, so daß auch eine feuchte Witterung sie nicht in diesem Jahre wieder in die Höhe bringen kann. So sehen die Verhältnisse tatsächlich aus!“

Daran ist nur richtig, daß die Futterernte schlecht ist. Die Aussichten der Kartoffelernte sind aber noch unbestimmt, die Aussichten für Zuckerrüben dagegen glänzend. Auch in Getreide ist, wie die amtlichen Ermittlungen einwandfrei festgestellt haben, eine gute Mittelernte erzielt worden. Die Getreideernte ist wesentlich besser, als die des vergangenen Jahres. Die Ablieferung auf die Umlage ist deshalb kaum irgendwo höher als ein Viertel der Erzeugung. Mindestens dreiviertel ihrer Erzeugung können die Großgrundbesitzer im freien Handel absetzen. Sie sind es daher, die durch das Hinaustreiben der Preise Riesengewinne erzielen. Sie sind es, die die Verantwortung dafür tragen, daß der Brotpreis so ungeheuer stark gestiegen ist und noch weiter steigen wird, wenn sie auch das Umlageverfahren beibehalten.

Neben ihnen aber haben die bürgerlichen Parteien die volle Verantwortung für die durch die Erfüllung der Forderungen der Agrarier entstandene Brotpreissteigerung. Sie tragen deshalb auch die Schuld für die Erschwerung der Lebenshaltung der Lohn-, Gehalts- und Rentener empfänger. Sie haben die Interessen von Millionen von Beschloßen, denen von wenigen Zehntausend großen Getreideproduzenten geopfert. Ihr Verzicht, die Verantwortung dafür loszuwerden, ist vergeblich, denn von Tag zu Tag steigt die Erkenntnis ihrer bisherigen Anhänger, daß Parteien, die unter dem Diktat der Großgrundbesitzer stehen, unfähig sind, die Interessen der Lohn-, Gehalts- und Rentener empfänger zu vertreten.

Die bestürzten Steuerverweigerer

Auf dem Bezirkstag der Rechtssozialisten für Brandenburg ist nach einem Referat von Wels eine Entschließung angenommen worden, worin der Bezirkstag erklärt, „daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die sozialdemokratische Partei u n a n n e h m b a r seien. Er wünscht im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Neuwahl des Reichstags“.

Sollte sich die politische Entwicklung der nächsten Monate in dieser Weise gestalten, was immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt, so wäre die Steuerfrage die entscheidende Wahlparole. Das bringt die nationalsozialistische Steuerverweigerung in eine einschneidende Aufregung. Sowohl die „Aureuzzeitung“ wie die „Deutsche Tageszeitung“ erscheinen sofort auf dem Plan, um durch das Abfeuern ihrer schwersten Geschosse an Schimpferei und Verleumdung der Welt ihre Bestürzung über eine solche Möglichkeit zu vertragen. Ihre flammenden Reden, mit denen sie die „nationale Idee“ der Steuerverweigerung von neuem rechtfertigen und damit von neuem entlarven, verbergen nur schlecht ihre Verlegenheit. Der „Vorwärts“ tut den Angriff der „Aureuzzeitung“ als „Gesindelmannier“ ab, was als Kennzeichnung der Art dieser Angriffe wohl richtig sein mag, zur Erfassung der wesentlichen Ursachen der Erregung der vereinigten Steuerverweigerer aber nicht ausreicht. Ist es doch der „Deutschen Tageszeitung“ besonders unbecquem, daß wir zur Haltung der rechtssozialistischen Partei in den Steuerdebatten die Bemerkung machten, daß durch diese

Haltung die Möglichkeit einer einheitlichen Aktion der gesamten Arbeiter- und Angestellten-schaft gegeben sei. Neben der Furcht vor der Entladung, die in einem Wahlsfeldzug, in dem die Steuerfrage Wahlparole ist, unbedingt eintreten würde, ist es diese Einheitlichkeit der Aktion der Arbeiterklasse vor allem, was die nationalsozialistischen Steuerverweigerer fürchten. Woran die Arbeiterklasse zu erkennen vermag, daß sie mit einer solchen geschlossenen Aktion auf dem richtigen Wege wäre, der allerdings nur beschritten werden kann, wenn die Rechtssozialisten nicht im mindesten von ihrer gegenwärtigen Haltung in der Steuerfrage abweichen.

Der neue Programmentwurf der SPD.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht den von der Programmkommission in wesentlichen Punkten abgeänderten Entwurf des Parteiprogramms. Wir behalten uns das Eingehen auf diesen Entwurf vor. In der Einleitung ist jetzt sowohl vom Klassenkampf als auch von der Sozialisierung die Rede. Es sind ferner einige Hinweise eingefügt über die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zur Befriedigung der materiellen Ansprüche der Kopf- und Handarbeiter, über die Steigerung der wirtschaftlichen Ungleichheit und Erweiterung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit. Auch in dem praktischen Teil des Programms sind einige Änderungen vorgenommen worden.

Danach scheint also die Programmkommission die Absicht zu haben, den örtlichen Parteitag endgültig über den vorliegenden Programmentwurf entscheiden zu lassen.

Das schäbdeutsche Rechtsgefühl

Es fühlt sich verfehlt, weil der kommunistische Stadtrat Franzke aus Sangerhausen, einer der Machter der Märzaktion, der vom Sondergericht zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nun zu 2 Jahren Festungshaft begnadigt und aus der Haft beurlaubt worden ist. Darum erscheint auf der Warte des Rechts der Abgeordnete Cremer von der Deutschen Volkspartei des Herrn Stinnes mit einer Anfrage an die Regierung. Was den Herrn aufregt, ist vor allem folgendes:

„Er wurde in Sangerhausen am Bahnhof von einer riesigen Menschenmenge empfangen, mit Blumen beworfen, Blumen wurden ihm überreicht, und er fuhr dann vom Bahnhof durch die Stadt auf den Markt und hielt dort eine öffentliche Ansprache, in der er erklärte, alle anderen verurteilten Genossen müßten ebenfalls frei werden. Franzke war ein Hauptstörer des Kommunistenführers Hölz, er hatte für diesen in Sangerhausen eine Truppe zusammengestellt, ihm auch ein Verzeichnis der für Requisitionen geeigneten Häuser und der zur Verhaftung als Geiseln in Betracht kommenden Personen geliefert. Darüber, daß diese Persönlichkeit, welche bei dem Märzputsch das Schreckenregiment in Sangerhausen erst ermöglichte, wenige Monate nachher, anstatt die verdiente Strafe zu verbüßen, von seinen Anhängern im Triumph durch die Stadt geführt werden konnte und sich heute frei am Schauspiel ihres Verbrechens bewegen darf, ist die Bevölkerung nicht nur Sangerhausens, sondern ganz Mitteldeutschlands außerordentlich beunruhigt.“

Wir haben wirklich keine Sympathien für die „Märzstörer“ jüngsten Datums. Aber die Unverschämtheit ist erstaunlich, mit der diese Leute von „Beurlaubung“ reden, wenn Kommunistenführer begnadigt werden, während sie es vollkommen in der Ordnung finden, wenn sich die Kappisten „frei am Schauspiel ihres Verbrechens“ bewegen, oder wenn die gefährlichsten und übelst beleumundeten Kriegsverbrecher und Kapitalstörer, wie Ludendorff und Eitel Friedrich, der hoffnungsvolle Hohenzollernsprößling, mit Jubel umgeben, „von riesigen Menschenmengen empfangen, mit Blumen beworfen“ und wenn vor ihnen Ehrenparaden aufgeführt werden.

So sieht schäbdeutsches Rechtsgefühl aus, für das Arbeiter und andere normale Menschen allerdings kein Verständnis haben.

Neuer Landrat. Auf den einstimmigen Vorschlag des Kreistages des Kreises Ziegenrück hat das preussische Staatsministerium, wie die „P. V. R.“ hören, den Regierungsdirektor Wolffersdorf zum Landrat des Kreises ernannt.

Ein englisches Luftschiff explodiert

41 Personen getötet.

London, 24. August.

Das große lenkbare Luftschiff Z. N. 2 ist oberhalb von Hull explodiert. Die Trümmer sind in den Hundsturz gefallen. Das Luftschiff kehrte von einer veruchsweligen Kreuzfahrt vor der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans zurück. Das Personal des lenkbaren Luftschiffes umfaßte 47 Mann. Sechs davon blieben am Leben.

Nach einer weiteren Meldung aus Hull überstieg das Luftschiff Z. N. 2, das demnächst den Atlantischen Ozean überqueren sollte, heute nachmittag um 5 1/2 Uhr die Stadt, als es explodierte, in zwei Teile zerfiel und in den Hundsturz stürzte. Das Luftschiff war an die amerikanische Regierung verkauft. Als das Luftschiff abflügte, sahen Tausende von Menschen dem Fluge zu. Sie ergriffen panikartig die Flucht, um sich vor den abstürzenden und in den Fluß fallenden Trümmern zu retten. Durch die heftigen Explosionen sind alle Fensterhäuser und Schaufenster der Häuser und Geschäftshäuser, die am Fluße liegen, zerstört.

Das Luftschiff war das größte der Welt; es war 606 Fuß lang und faßte 300 000 Kubikmeter Gas. Es führte genügend Brennstoff für eine Reise von 6000 englischen Meilen mit sich. Die Reuters ergänzend meldet, bewies der Führer des Luftschiffes, der schwerverletzt ist, Wunder von Geistesgegenwart, indem er bei niedergehenden Luftschiff auf den Fluß lenkte und nicht in die Stadt, wo es schrecklichen Schaden verursacht hätte. Das Luftschiff war auf einer Probefahrt für den Flug nach Amerika begriffen. Die Besatzung zählte 49 Mann, darunter fünf britische Offiziere und einige amerikanische Marineoffiziere, die das Schiff über den Atlantischen Ozean führen sollten.

Bom Bankrott der 3. Internationale

Serrati fordert die volle Wahrheit.

Rom, 23. August.

In Verantwortung eines Anstufes der Moskauer Exekutive, der das italienische Proletariat vor das Dilemma Moskauer oder Amsterdam stellt, veröffentlicht Serrati eine Erklärung, die nach ihm von allen Mitgliedern der Parteileitung gebilligt worden ist. In dieser greift er die Kommunisten an und sagt: In Moskau gebe es nur Russen und ganz geringe Minderheiten von Nationen zweiten Ranges, die von ihren eigenen Organisationskomitees verleugnet würden. Die italienischen Sozialisten seien die Ueberzeugung, daß man den Arbeitern die volle Wahrheit sagen müsse. Serrati erinnert an die von Moskau gegebenen, unerfüllbaren Versprechen, darunter an dasjenige, daß Rußland das revolutionäre Italien mit Lebensmitteln versorgen würde. Zum Schluß sagt Serrati: Wir wollen Wahrheit, Freiheit und Aufrichtigkeit. Wir wollen und wir dürfen nicht die Arbeiter durch unmögliche Versprechen betrügen und auch nicht durch unerfüllbare Visionen. Die Revolution ist weder ein Kinderpiel, noch eine Chimäre von Bifidoren.

Ein neuer König in Mesopotamien. In Bagdad fand dieser Tage die Thronbesteigung Emir Fejals als König im Irak statt. Der englische Oberkommissar für Mesopotamien, Percy Cox, gab bekannt, daß die englische Regierung Emir Fejals als König von Irak anerkennt.

Unruhen in Südbindien. Die Blätter melden die Lage im Unruhengebiet in Südbindien sei ernst. Man spreche von einem offenen Aufstand. Die Eisenbahnen seien unterbrochen, die Postämter würden geplündert, und in mehreren Städten herrsche der Pöbel. Die Unruhen zögen plündernd und zerstörend von Ort zu Ort.

Der deutsch-italienische Fernsprecheverkehr wird von jetzt ab tags von 12 bis 5 Uhr nachmittags zugelassen. Für die Dauer der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes in Genf, d. h. vom 24. d. M. ab, muß dieser allgemeine Verkehr wieder eingestellt werden, weil die in Betracht kommende Fernsprecheleitung dann für dringende Staatsgespräche und für die Presse gebraucht wird.

200 000 Menschen beim Erdbeben umgekommen. Laut einem offiziellen Bericht sind beim letzten Erdbeben in Kan Su 200 000 Personen ums Leben gekommen. Die Häuser in einem Gebiet von 75 Quadratmeilen sind vernichtet.

Schulprogramm der U.S.P.D.

Ein Entwurf

K. K. L. Vor kaum Jahresfrist entstand auf Drängen der Parteigenossen, die als Lehrer, als Elternbeiräte, Gemeindevorsteher und Abgeordnete mitten im schulpolitischen Kampf standen, der Entwurf unseres Schulprogramms. Wie an vielen Stellen, so genigte auch in Schulfragen das alte Erzieherprogramm nicht mehr. Die grundsätzliche Stellung des Sozialismus zu den Schulfragen mußte klarer und deutlicher herausgearbeitet werden. Die praktischen Gegenwartsfragen, die die Schulreformer aller Richtungen aufgeworfen und oft mehr mit Einseitigkeit als Durchschlagkraft verlockten hatten, mußten in das Massenbewußtsein hineingetragen werden, um — wie vieles andere — durch das Massenbewußtsein tatwillige Proletariat von der Forderung zur Wirklichkeit geführt zu werden. Nunmehr liegt die 2. Auflage dieses Schulprogramms vor, unverändert, und — wie im „Vorwärts“ bemerkt wird — ohne daß von der Partei und der sonstigen sozialistischen und außersozialistischen Öffentlichkeit einschneidende Änderungsanträge gemacht worden wären. Und doch ist das Programm nicht unkorrigiert worden. Wer die schulpolitischen Kämpfe unserer Zeit kennt, der weiß, daß unsere Genossen sich das Schulprogramm zu Richtlinien, besonders in den Gegenwartsforderungen, gemacht haben — der weiß auch, daß es in den Bruderparteien rechts wie links befruchtend gewirkt hat. Man ist auch dort auf dem besten Wege, Schulprogramme zu entwerfen, und trotz der parteipolitischen Nuancen wird man nicht umhin können, in dem hier grundsätzlich Dargebotenen die gemeinschaftliche Basis des schulpolitischen Kampfes des gesamten Proletariats zu finden.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß in dem großen, schulpolitischen Kampf, der in Berlin entbrannte, die kommunistische wie die rechtssozialistische Fraktion sich unter Führung der U.S.P. auf dem Boden dieses Programms vereinen konnte, und daß so mancher Erfolg gegenüber dem gesamten Widerstand der Bourgeoisie errungen werden konnte. Dieses Programm ist eben kein utopisches Gebilde, das aus der Ideologie eines Schwärmers konstruiert wurde, es ist vielmehr aus der nüchternen Analyse der Lage des Proletariats in der gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Situation unserer Zeit gewonnen. Auf dem sichereren Wege der tatsächlichen Unterirdung dessen, was da ist, und dessen, was sich aus den treibenden Kräften unserer chaotischen Produktionsverhältnisse im weitesten Sinne des Wortes mit Notwendigkeit ergibt, ist der Unendlichkeit sozialistischer Entwicklung gewonnen und die Trägheit geschichtlicher Bindung mit dem revolutionierenden Feuer überwunden worden. Und dennoch ist alles nicht losgelöst von der Kontinuität geschichtlichen Wandens, sondern mitten in die Gegenwartsarbeit eingestrichelt worden. Aber diese Gegenwart ist nichts Gefährliches.

stellt eine Aufgabe dar, deren Lösung mit dem wachsenden Machtbewußtsein und der wachsenden Machtentfaltung des Proletariats unauflöslicher wird. In schärferer Gegensätzlichkeit zum herkömmlichen Vertrauen auf die Autorität von Sitte, Gesetz und Recht der herrschenden Klasse stellt das Programm die Solidarität der Gemeinschaft, die in schaffender Arbeit die Kraft zur Erzielung und Schulung — zweckbewußt auf die Gemeinschaftsnotwendigkeit eingestellt — gewinnt.

Wenn in dem jetzigen Schulkampfe in Berlin Wilhelm Paulsen, der als Vertrauensmann der gesamten sozialistischen Parteien nach Berlin berufen wurde, die Gemeinschaftsschule in den Brennpunkt des Kampfes gestellt hat, so findet er sich wiederum in Uebereinstimmung mit unserem Schulprogramm, das prägnant „alle sozialistische Bildung und Erziehung in arbeitender Gemeinschaft, durch arbeitende Gemeinschaft und für arbeitende Gemeinschaft“ erfolgen läßt. Natürlich soll der Entwurf des Programms nur eine sichere Richtschnur geben. Die Mannigfaltigkeit der gegenwärtigen Kämpfe weist oft genug Zwischenstufen auf, die sich auch in dem ausführlichsten Programm nicht vorhersehen lassen. Unsere Genossen müssen in dem Schulkampfe wie in allen politischen Kämpfen, erfüllt sein von grundsätzlicher Einstellung und methodischer Sicherheit. Aber das darf nicht zu dogmatischer Verbildung führen, sondern überall müssen sie die taktische Selbständigkeit für das haben, was im bestimmten Augenblick an bestimmter Stelle notwendig ist. Nur ein Beispiel: Unser Erziehungsprogramm sieht grundsätzlich vor, daß die Kosten für Erziehung und Bildung aus allgemeinen Mitteln zu decken sind. Wer in dogmatischer Befangenheit nur immer sein Versehen „Unentgeltlichkeit allen Unterrichts“ aufpassen würde, der würde die Schulpolitik nicht vorwärtstreiben — an der finanziellen Not der Gemeinden und des Staates und an den augenblicklichen Machtverhältnissen würde diese Forderung immer wieder scheitern. Die soziale Staffelung des Schulgeldes ist in Preußen von der Regierung verboten worden; eine allgemeine Schulforderung wurde im Reichstage abgelehnt. Dennoch aber ist es gelungen, einen wesentlichen Schritt zum Ziele zu machen, der in mancher Hinsicht sogar noch zweckdienlicher ist als die Forderung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts. In Berlin wurde nämlich ein Antrag unserer Fraktion durchgeführt, nach dem das Schulgeld an den höheren Schulen nach dem Einkommen- und Vermögensverhältnissen der Eltern und der Anzahl ihrer schulpflichtigen Kinder ermäßigt wird. Von 18 000 M. abwärts soll überhaupt kein Schulgeld mehr gezahlt werden. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts an den höheren Schulen für alle hat in der Klassenlosigkeit unserer Zeit auch ihre Rechtfertigung. Sie bedeutet auch eine Erleichterung für die belämmerten Kreise, die im Klassenstaate schon ohnedies wirtschaftlich benachteiligt sind. Die Abkürzung, wie sie Berlin vorzuleben ist hier einen Notausweg, der solange erforderlich ist,

als die Machtverhältnisse im Reiche die allgemeine Schulfreiheit unmöglich machen. Die revolutionierende Wirkung dieses Schulgeldmobus ist vor allem aber die, daß nunmehr die Aufnahme in die höhere Schule nicht mehr so sehr vom Geldbedeutel abhängt, sondern daß jeder, der sich für eine Weiterbildung eignet, losgelöst vom Einkommen der Eltern, Aufnahme finden kann. Die notwendige Folge wird sein, daß die Proletariatskinder weit mehr als bisher in erfolgreiche Konkurrenz mit den anderen Kindern treten können. Durch diese praktische Einstellung des Proletariats auf die höhere Schule wird natürlich auch der innere Entwicklungsprozess der höheren Schule sich rascher und unerbitlicher vollziehen müssen. Die breitere Plattform wird eine revolutionäre Umgestaltung, die nun nicht mehr von einzelnen, sondern von der ganzen Klasse des Proletariats getragen wird, nicht nur erwirkt, sondern tatsächlich werden lassen.

So schließt dieses kleine Moment eine schulpolitische Aktion von größter Tragweite in sich. — Derartige Ansatzpunkte will unser Schulprogramm an allen Ecken und Enden geben. Sache unserer Genossen wird es sein, diese Ansatzpunkte als Ausgangspunkte eines wirklichen Kampfes um die Macht zu benutzen.

Auch im Reich und in Preußen hat unser Programm die Formel zu wichtigen Anträgen abgegeben. — Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die bürgerliche Mehrheit überall unsere Anträge ablehnte — aber es ist ein bedeutsamer Schritt vorwärts, daß es gelang, auf diese Anträge die sozialistischen Parteien zu einen, und daß den Rechtssozialisten dort, wo sie aus tatsächlichen Gründen — infolge des Weimarer Schulkompromisses gebunden — nicht mitgehen wollten, diese Abweichung unendlich schwer gemacht wurde. Ganz erfolglos sind jedoch auch unsere Anträge nicht gewesen. Es gelang uns, im Reichstage eine Mehrheit für die Abschaffung des wirtschaftlichen Berechtigungswezens unserer höheren Schulen zu finden, und es wird Sache unserer Genossen im Reichstage sein, auf Grund dieses angenommenen Antrages bei der Regierung eine Gesetzesvorlage zu erzwängen, die nun auch tatsächlich vielen Arbeitsschulen der Klassenstufe abschafft und damit für die Weiterentwicklung die Bahn frei macht.

Rüstzeug für den Kampf um die Schule sollte der Entwurf dieses Schulprogramms sein. Doch aller proletarische Kampf ist nicht Kampfeinstellung einzelner, sondern zum Klassenbewußtsein erwacht und im Klassenbewußtsein erstarrter Massen. Noch lange nicht tief genug sind die Schul- und Erziehungsfragen in das Bewußtsein unserer Massen eingedrungen. Möge auch die 2. Auflage dieses Schulprogramms dazu beitragen, daß das Proletariat auch diese seine Aufgabe in scharf umrissener Form erkennt, denn nach gilt die Erkenntnis, daß die Befreiung aus geistiger Engherzigkeit nur das Werk der Arbeiterklasse selbst und ihrer Kampforgane sein kann.“

Skandalöse Ausschreitungen der Berliner Schupo

Skandalöse Zustände spielten sich heute in den Mittagsstunden vor dem Berliner Rathaus ab. Eine etwa tausendköpfige Menge Erwerbsloser hatte vor dem Rathaus Platz genommen, um dort das Ergebnis von Verhandlungen abzuwarten, die ihre Beauftragten mit dem Magistrat hatten. Plötzlich kamen von beiden Seiten des Rathauses größere Truppen von Schupooldaten, die die Menge in die Mitte nahmen und in der brutalsten Weise gegen dieselben vorgingen. Vollkommen unbeteiligte Personen, darunter Frauen, die vom Rathaus resp. von der Steuerbehörde kamen, wurden in einer nicht wiederzugebenden Weise von den Schupooldaten beschimpft und mißhandelt (Fußtritte, Schlägen mit dem Kolben usw.). Ein Kriegsbeschädigter (Tuberkulose, drittes Stadium) wurde von einem Schupowachmeister herab vor die Brust gestoßen, daß er zu Boden fiel. Eine Frau, die von der Steuerkasse kam, wurde von einem Schupooldaten gewürgt, daselbst Schicksal erlebten viele andere Personen, die an der Demonstration vollkommen unbeteiligt waren. Wohllos wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden von den Schupooldaten in den Hof des Rathauses geführt und dort ebenfalls mißhandelt. Besonders brutal hat sich dabei ein Schupowachmeister bewegt, der einem wehrlosen Gefangenen schüttelte, daß derselbe fast die Besinnung verlor.

Ermahnenswert ist auch, daß die Schupobeamten nicht nur rücksichtslos gegen die Verhafteten waren, sondern, daß sie sich auch in skandalöser Weise gegen Magistratsangehörige und andere Personen bewegten. Als der Berichterstatter unserer Zeitung mit einigen Zeugen des Vorfalles zusammenstand und sich Aufzeichnungen über die Vorfälle machte, mischten sich die anwesenden Schupobeamten hinein und verwiesen unserem Berichterstatter das Gebäude mit der Begründung, daß nur sie allein Hausrecht hätten.

Wir kommen noch ausführlich auf diese Vorgänge zurück.

Die Lohnbewegung

Die Verhandlungen mit der Regierung

Ueber die gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Beamten und Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben mit der Regierung wird folgendes berichtet:

Unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers haben über die Frage der Aufbesserung der Bezüge der Beamten, Arbeiter und Angestellten der Reichsbehörden Verhandlungen mit den Führern der politischen Parteien, des Reichstages und den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden stattgefunden. Die Beratungen nahmen einen günstigen Verlauf. Es wurde eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte erzielt, doch machen Einzelheiten der beiderseitigen Neuregelung in einigen Punkten besondere Beratungen notwendig. Mit der Feststellung eines für beide Teile annehmbaren Endergebnisses der Verhandlungen ist für Donnerstag zu rechnen.

Die Unternehmer antworten mit Aussperrungen

Infolge des von den Ausständigen in der Versammlung am Mittwoch vormittag gefassten Streikbeschlusses hat nunmehr die Direktion die gesamte Arbeiterkassette der Linde-Hoffmann-Werke in Breslau ausgesperrt. Der Betriebsrat der Linde-Hoffmann-Werke hat dem Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt die Angelegenheit unterbreitet, der sich schon am Donnerstag vormittag mit dieser Sache beschäftigt wird. Ausgesperrt sind rund 800 Mann.

Die Textilarbeiter in Stuttgart haben sich in der Abstimmung mit mehr als Zweidrittelmehrheit für den Streik ausgesprochen. An die Arbeitgeber wurden die Forderungen mit 24stündiger Wertschätzung gestellt.

Eine stürmische Beamtenversammlung in Hamburg

21. Hamburg, 25. August.

Im Gewerkschaftshaus fand gestern abend eine vom Beamtenbund, Bezirks Grob-Hamburg, einberufene Versammlung statt, in der zu den gegenwärtig hinsichtlich der Beamtengehälter gepflogenen Verhandlungen in Berlin Stellung genommen wurde. Die Versammlung gestaltete sich von Beginn an ziemlich unruhig und wurde mit Eintritt in die Diskussion

Unterwegs

Unterwegs finden wir manchmal unerwartet den andern. Der andere ist immer dagewesen, aber wir haben ihn nicht entdeckt. Er war irgendwie verkappt unsichtbar, denn wie sollte man aus dieser Menge ihn herausfinden, seine Stimme in diesem Lärm vernehmen. Unterwegs zwischen zwei Städten, zwei Tagen oder zwei Nächten steht er da und ist uns klar geworden.

Sein Gesicht haben wir immer wieder gesehen, unter den Architekturen in Maschinenfabriken, unter den Mädchen der Gassen, unter den Kindern der Schule. Und wir wundern uns, daß wir es nie haben so erkennen können, als in diesem Augenblick. Aber wenn wir über die Ursache nachdenken, wird es uns klar. In den Schulhöfen, in den nächtlichen Gassen, in den Maschinenfabriken, waren wir denn da bei uns selbst? Waren wir nicht ebenso vielfach aufgeteilt, als da Gestalten und Erscheinungen um uns waren? Wie aber konnte man, da man nicht bei sich selbst war, den andern erkennen!

Unterwegs sind wir allein und der andere erwacht in oder neben uns. Er ist auf einmal, denn wir sind nichts ohne ihn. Er ist unsere Rettung, der andere, der das Echo ist. Unterwegs, wenn wir allein sind, sind die zahllosen Gesichter eins geworden, haben sich zusammengesetzt und die Blinde Tausender sind ein Bild geworden, ein einziges Bild, der bittet, fordert, um Hilfe ruft, um Liebe, um Verständnis, um Menschlichkeit, um Freundschaft, um Kameradschaft, um Bejahung! — Und der eine Blick ist auf uns gerichtet, der eine Tausende fassende Blick trifft unser Herz, der Blick des anderen, unterwegs, wenn wir allein sind. Und wir müssen ihn aushalten können.

Das ist, was die Alten das Gewissen nannten, das im Alleinsein erwacht, das ist der andere, der unser Richter ist in all unserm Tun und in jedem unserer Gedanken. Adrian Dietrich.

Die Erhaltung des Reichstages. Der große Park in der Berliner Straße Alt-Moabit, gegenüber dem Kriminalgericht, der sich tief in den Häuserblock zwischen Spenerstraße, Melandthonsstraße und Paulstraße hineinzieht, soll, wie berichtet wurde, mit einem Parkpostamt bebaut werden. Es handelt sich hier um einen kleinen alten Park, dessen herrlicher Baumbestand von Eichen, Buchen, roten Kalkanien schon mehr als 100 Jahre alt ist. Auf dem Parkgrundstück steht eine, alle schönen Villa mit Nebengebäuden aus der Zeit nach Schinkel; sie soll angeblich zur Wohnung eines höheren Postbeamten ausgebaut werden. Diese Villa war vom Bezirksamt Tiergarten als Sitz des Bezirksamts beantragt worden. Das Reichsfinanzministerium wies das Grundstück mit dem Gebäude aber der Postverwaltung zu. Auf Einspruch des Bezirksamts trat die Postverwaltung zurück unter der Bedingung, daß ihr das Bezirksamt einen anderen Platz anweise. Darüber gab es keine Einigung zwischen Bezirksamt und Postver-

recht stürmisch. Der Hauptredner des Abends, Falkenberg-Berlin, erklärte, es gehe um Sein oder Nichtsein des Beamtenstandes. Er meinte, die Beamtenschaft dürfe sich nicht als eine gesonderte Klasse betrachten, sondern müsse sich als Arbeiter fühlen und gewillt sein, den Kampf bis zum äußersten zu führen. Der Regierung müßte klargemacht werden, daß, falls sie nicht nachgibt, die Stunde des Verhängnisses nahe sei. Es sei jetzt eine Minute vor zwölf. Falkenberg sagte u. a., daß er nicht an die Wirkung einer allgemeinen Streikparade glaube, die er in dieser Zeit für ein Verbrechen halten würde. Es gelange eine Resolution zur Verlesung, in welcher die wirtschaftliche Not der Beamten als unerträglich bezeichnet wird und nur durch eine sofortige grundsätzliche Aufbesserung die Arbeitslust und -kraft des Beamtentums aufrechterhalten und der Staat vor unermesslichem Schaden bewahrt werden könne. Derselbe werde von der Bundesleitung erwartet, daß sie die Forderungen als das mindeste, das vorläufig gesehen kann, mit allen Mitteln vertrete. Das Beamteneinkommen müsse der gesunkenen Kaufkraft des Geldes angepaßt werden.

Klassenkampf und Gemeinschaftsgefühl

Heinrich Cunow hat in drei Artikeln in der „Neuen Zeit“ den bereits wieder in der Versenkung verschwundenen Programm-entwurf der Rechtssozialisten von neuem ausgelegt, umschrieben und einschuldigend — ein Vergnügen, das wir ihm, der anscheinend die väterliche Verantwortung für diese Totgeburt trägt, nicht mißgönnen. Unser Interesse erregt dagegen eine Aeußerung der „Frankfurter Zeitung“ zu diesen Artikeln Cunows. Die „Frankfurter Zeitung“ findet, daß Cunow selbst noch nicht zum Kern des Problems vorgebrungen ist. Ein sehr schmerzlicher Vorwurf, den die „Frankfurter Zeitung“ so erklärt, daß Cunow — und mit ihm seine Freunde — noch nicht begriffen hätten, daß der Geist des Klassenkampfes ein gesteigertes Gemeinschaftsgefühl nicht nur nicht aufkommen lasse, sondern die Voraussetzung für ein solches geradezu untergrabe. Es gäbe nichts, das so sehr zum Gegenteil des Gemeinschaftslebens erzeuge, wie der Geist des Klassenkampfes. Habe die Klassenkampfidee einmal von einem Kopfe Befreiung ergriffen, so forme sie ihn und gebe ihm eine bestimmte Richtung und Einstellung. Und da die Köpfe nicht so beschaffen seien, daß sie sich nun in ihrem Innern teilen könnten, um die Kampf- und Jagempfindung nach der einen Seite zu werfen und nach der anderen nur Liebe zu spenden, so schließe der vom Klassenkampfgebanen Erfaßte bald überall um sich, auch gegen seine nächsten Genossen. Erst wenn Cunow und die Seinen dem Klassenkampfgebanen vollends den Laupfah geben, können sie also die volle Anerkennung des demokratischen Staates finden.

Die Erbitterung, mit der sich die verschiedenen Richtungen des Proletariats gegenseitig bekämpfen, soll beweisen, daß die „Frankfurter Zeitung“ recht hat. Dennoch ist der Gedankengang ihres Artikels völlig falsch — oder, da schon einmal von Köpfen die Rede war, wollen wir sagen: Er stellt die Dinge vollends auf den Kopf. Das demokratische Blatt kann, nachdem auch die Köpfe seiner Redakteure von bestimmten Prinzipien belesen sind, nicht begreifen, daß der Klassenkampfgedanke selbst ein höheres Gemeinschaftsgefühl zur Voraussetzung haben muß. Das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft erwacht aus dem Bewußtsein der Solidarität, aus dem Bewußtsein der absoluten Gleichheit und Zugehörigkeit mit allen übrigen proletarischen Klassen-genossen, also mit der übergroßen Mehrheit einer jeden modernen Nation. Mit dem Klassenkampfgedanken ist also die Voraussetzung eines gesteigerten Gemeinschaftslebens, wie die „Frankfurter Zeitung“ es wünscht, untrennbar verbunden. In der Solidarität der Arbeiterschaft ist ein dem bürgerlichen Staatsgedanken weit voraus überlegen ethisches Prinzip begründet, und das letzte sittliche Ziel des Sozialismus ist nichts anderes, als die Uebertragung der Solidarität von einer Klasse der Gesellschaft auf die gesamte Gesellschaft. Wenn also die „Frankfurter Zeitung“ Heinrich Cunow noch den Vorwurf macht, daß er am Klassenkampfgedanken festhält, so schlägt sie ihrer eigenen Forderung nach einem gesteigerten Gemeinschaftsleben ins Gesicht.

Die „Frankfurter Zeitung“ wird sehr enttäuscht sein, wenn sie bemerkt, daß in dem neuen rechtssozialistischen Programm-entwurf das Wort Klassenkampf schon auf der zweiten Seite erscheint. Wohl gemerkt: Das Wort — womit nicht gelagt sein soll, daß der Entwurf damit wesentlich besser geworden ist als der erste.

waltung und so droht in der Tat der Verlust des Parkes. Dabei liegt gar kein Grund vor, gerade hier ein Parkpostamt hineinzubauen. In unmittelbarer Nähe, an der Rathenower Straße, liegen die großen Grundstücke der früheren Kaserne des 4. Garde-regiments und des Manerregiments. In beiden Kasernen gehören sehr große Gärtenplätze, und hier wäre ohne weiteres Platz für jeden gewünschten Postbau. Es muß aufs schärfste zurückgewiesen werden, daß auch nur ein Fleckchen Grün in der Großstadt verschwindet. Die zuständigen Stellen haben die Pflicht, hier einzugreifen, damit der Park erhalten bleibt, der in seiner Art eine seltene Schönheit ist und den anliegenden Bewohnern in ausgiebiger Weise Licht und Luft gibt.

Ein chinesischer Steuerplan. In dieser Zeit, in der ungezählte Steuern und Steuerpläne auf uns herniederregeln, sind vielleicht Anregungen willkommen, die aus anderen Ländern stammen. Selbst die Söhne des Himmels tragen sich jetzt mit neuen Steuer-gedanken. Es hat ein hervorragender chinesischer Finanzmann, Wang Yi-shen, wie der „Peking Leader“ berichtet, dem Präsidenten der chinesischen Republik eine Denkschrift unterbreitet, in der er die Besteuerung des Taschengeldes vorschlägt, ein Gebiet, das bisher noch vom Steuereinnahmer wenig beachtet worden ist. Wang schlägt vor, daß europäische Speisen, wenn nicht die Anwesenheit europäischer Gäste sie notwendig macht, überhaupt besteuert werden sollen. Von chinesischen Gerichten sollen bei jeder gewöhnlichen Mahlzeit dem Geste nicht mehr als fünf Schüsseln und acht Platten vorgelegt werden. Alles, was darüber ist, wird besteuert. Besondere Luxusgerichte, wie Fischragouts, Taubeneier, Vogelester usw., sollen nur gegen hohe dafür zu entrichtende Abgaben gereicht werden dürfen. Der Präsident hat diese Denkschrift dem Finanzministerium übergeben, das sich nun über diesen neuen Steuerweg äußern soll.

Tages-Notizen

Größe Volkspartei Berlin. Zu Beginn der Großen Volkspartei Berlin, vertreten durch Direktor Lange und der Volksführer E. R. ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die Große Volkspartei Berlin der Volksführung zu dem bereits in Angriff genommenen Ausbau des alten Kröllischen Theaters ein persönliches Darlehen von 2 Millionen Mark gibt, wogegen die Volksführung zu den Operationen der Staatsoper bei Kröll den Anteilseignern der Großen Volkspartei Berlin sechs Stammaktien mit bedeutender Ermäßigung überläßt. Es empfiehlt sich daher, sich durch rechtzeitiges Zeichnen von Anteilen bei der Großen Volkspartei Berlin Stammmittel zu sichern.

Im Großen Schauspielhaus gelangt Sonnabend, den 27. und Sonntag, den 28. August Schilleroper „König Lear“ zur Aufführung.

Das Neue Theater am Zoo eröffnet am Sonnabend, den 27. August die erste Spielzeit mit Rudolf Gersdorffs dreistündigem Solo „Die kleine Cecilia“.

Im Hoftheater gelangt „Jugend“ nur noch bis 31. d. M. zur Aufführung.

Am 1. September wird Koberich-Benedict's „Lupinus“ die zeitlichen Verhältnisse geben.

Das Schloßpark-Theater (Dietrichson-Haus) bringt am Sonnabend, den 27. August, die Oper „Maria Magdalena“ neuinszeniert.

Die Spielleitung hat Robert Forst, die Hauptrollen spielen die Herren Fritz (Walter Kuntz), Greid (Ludwig), K. (K. (Friedrich), W. (W. (Karl)).

Die am Sonntag, den 28. August (Goethe's Geburtstag) stattfindende Aufführung von Goethe's „Faust“ des Berliner Hoftheaters wird zum ersten Male des 14. Jahrestages der Frankfurter Goethefeier gegeben.

Forderungen der Kriegsbeschädigten

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der 800 000 Mitglieder zählt, hat, wie die „F. F. N.“ erfahren, dem Reichsarbeitsministerium neue Forderungen zum Ausgleich der Teuerung überreicht. Es werden verlangt:

1. Heraussetzung des Prozentsatzes der Teuerungszulagen, die zu den nach dem Reichsverfürsorgegesetz zustehenden Gebüh-rissen gewährt werden, von 85 auf 80 Prozent;
2. Erhöhung der Einkommensgrenze, von der ab Elternrente bezogen werden kann, von 3000 auf 6000 M. pro Jahr;
3. Beilegung der in den §§ 63 und 64 des Reichsverfürsorge-gesetzes bei einem Einkommen von mehr als 7000 M. vor-gesehenen Rentenzulagen;
4. Beilegung der sogenannten Ausgleichszulagen.

Für den Wegfall der Ausgleichszulagen sollen die Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage um je ein Viertel ihres Betrages erhöht werden. Dadurch soll die bis jetzt vertriebenen bemessene Versorgung der vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen einheitlich gestaltet werden. Der Reichsbund legt besonderes Gewicht darauf, daß auch zu den Renten, die noch nicht nach dem Reichsverfürsorgegesetz anerkannt sind, sofort eine der Teuerung entsprechende Zulage gewährt wird.

Parteitag der KPD.

Dritter Tag — Vormittag

Jena, 24. August.

„Dieser Parteitag steht im Zeichen des Ver-lehns, des brüderlichen und teils des freundschaftlichen. Es schreiben Briefe: die Exekutive der K. P. an die Exekutive des K. P., Lenin an die deutschen Kommunisten, Kadek an den Partei-tag. In diesen Briefen und außerdem haben aufeinander los- die Exekutive auf den rechten Flügel, auf den linken Flügel und auf das Zentrum der K. P. D.; Lenin auf Kadek, auf Paul Levi, auf Maslow; Kadek auf den rechten Flügel, auf den linken Flügel und auf die „Eier“ in der Mitte; der linke Flügel auf das Zentrum und auf den rechten Flügel; das Zentrum auf den linken Flügel und auf den rechten Flügel. Nur der rechte Flügel vertritt das Prinzip der leidenden Gehorsam des Christenmenschen.“

Also charakterisiert Paul Levi in einem an die Delegierten ver- teiltten Flugblatt das Tohuwabohu, das diesen Parteitag beherrscht und dessen hundertfältige Zweispaltigkeit in jeder Rede aufs neue bestätigt wird.

Wohl noch nie hat es einen Parteitag solcher Konfusion wie den gegenwärtigen in Jena gegeben.

Wohl noch nie hat ein Parteitag eine solche fast unübersehbar große Fülle von Gegenständen zu Tage gefördert, als dieser Kommunisten- kongress. Nur ein Karr kann glauben, daß diese in Resolutionen zu glätten seien.

Dafür gab auch die gleich zu Beginn der heutigen Tagung ge- haltene Rede von Maslow eine neue Bestätigung. Er nannte die von Trotzky aufgestellten Sätze Triasitäten und versuchte überdies an Hand von Zitaten nachzuweisen, daß auch Klara Zetkin und Rosa Luxemburg die Dialektiktheorie vertreten hätten. Ebenso sei auch Thälheimer's Stellung eine wechselnde ge- wesen. Auch Urban-Hamburg betont, daß keineswegs Einmütig- keit in der Partei bestehe. Es müsse zurückgewiesen werden, daß man von außen auf Grund falscher Berichte in die Diskussionen in der Partei eingreife.

Selbst versucht im Schlußwort die offen in der Diskussion auf- getretene Ablehnung der Thesen von Trotzky zu verwischen. Aber es so hinzustellen, als hätten sich die Redner mehr gegen die von Trotzky an der Diskussion geübten Kritik als gegen dessen Thesen wenden wollen. Die Thesen von Maslow enthielten eine Fülle von Gedanken. Mit ihnen verglichen sei der rechtssozialistische Programm-entwurf ein Federwisch.

Maner will in der Diskussion einen Fortschritt erblicken. Bei Klara Zetkin vermischt er die klare Stellungnahme zu den jetzt von Levi vertretenen Auffassungen. Die Partei müsse jetzt über alles hinweg auf die dem Proletariat drohenden Kämpfe sehen. Das bedinge die Zusammenfassung aller Kräfte.

In persönlichen Erklärungen bestreiten Klara Zetkin und Mas- low den von Maslow ihren früheren Äußerungen unterworfenen Sinn. Darauf verweist Friedland die neue von der Redaktions- kommission vorgelegte Resolution, über die erst nach Verteilung an die Delegierten abgestimmt werden soll. Sie lehnt sich in entscheidenden Stellen an die Resolution der radikalen Richtung und muß als ein Verlassen der Moskauer Beschlüsse gedeutet werden.

Nachdem noch ein Berliner Vertreter die von Maslow an der Berliner Organisation geübte Kritik in einer scharfen Erklärung zurückgewiesen hat, wird der

Geschäftsbericht der Zentrale

entgegengenommen. Berichterstatter ist Pöck. Seine Behauptung, daß die Märzkämpfe die Partei innerlich gestärkt hätten, wird von mehreren Diskussionsrednern zurückgewiesen. Ein De- legierter wendet sich besonders gegen die „politischen Oberleitun- gen“, welche als Kontrollorgan der Mitglieder eingesetzt seien und überall „Richtungsrichtlinien“ betreiben. Oberlein verteidigt diese und meint, daß die Gegner dieser Einrichtungen von politi- schen Ermüdungen geleiht seien. Nach kurzem Schlußwort wird der Zentrale Entlastung erteilt.

Nachmittags-Sitzung.

Zum 3. Tagesordnungspunkt: „Die nächsten Aufgaben der Partei“ spricht Stoeder. Er versucht in breiter Rede ein Bild der Weltwirtschaftslage zu zeichnen, stößt aber bei den Delegierten auf große Interessiertheit. Offenbar sind diese der Ansicht, daß dies alles viel besser sei, als dem Redakteur der „Frank- furter Zeitung“, Heller, bei welchem ja Kadek — wie aus den in „Unser Weg“ veröffentlichten Briefen hervorgeht — das Material zu einem in Moskau zu haltenden Referat beisteht hat, nachzulesen ist. Im zweiten Teil seiner Rede verteidigt Stoeder das von der Zentrale und in der kommunistischen Presse bereits veröffentlichte Steuerprogramm, das in seinen wertvollsten Sätzen bekanntlich nur ein Abbild der längst von unserer Partei erhobenen, von den Kommunisten aber bisher bekämpften Forderungen ist. Die Aussprache hierüber wird vertagt und dafür beschlossen, die Abstimmung über die nun vorliegende Resolution zum ersten Tagesordnungspunkt vorzunehmen.

Der neuen Vorlage, die eine Verfestigung der drei zurück- gezogenen Resolutionen darstellt, widerspricht aber wenig Blick. Insbesondere stößt sie auf den Widerspruch der radikalen, von Hamburg geführten Gruppe. Deren Redner, Thälmann, besteht insbesondere auf Verbeibehaltung des Satzes, der die von Trotzky an der Marsaktion geübte Kritik auf das schärfste zurückweist. Dieser sei von der Redaktionskommission fallen gelassen worden. Anders Sätze der Hamburger Resolution, welche die Wege der nächsten Zeit klar vorzeichnen, seien fallen gelassen oder deren Deutlichkeit getrübt worden. Außerdem sei durch Umstellung mehrerer Sätze deren Sinn bewahrt worden. Alle diese Abän- derungen entsprechen nicht der von der Mehrheit des Kongresses geteilten Auffassung. Sie bedeuten vielmehr ein Entgegen- kommen gegenüber den opportunistischen Tendenzen in der Partei, das um so weniger gebilligt werden könne, als Dänning in Berlin, wie ein Telegramm meldet, die Spaltung vorbereitet. Der Partei- tag würde sich ein Armutszeugnis ausstellen, wenn er in seiner Resolution den Auffassungen einer kleinen Clique recht gäbe.

Da sich der Kongress um 6 Uhr vertagt, so wird der morgige Tag eine Fortsetzung der Resolutionsdebatte bringen.

